

<http://www.taz.de/Haasenburg-ueberfluessig/!5394381/>

Haasenburg überflüssig Bericht von Kaija Kutter am 1.4.17 auf taz.hamburg + Kommentar

Drei Jahre ohne Kinderknast

Bremen hat die Pläne für ein geschlossenes Heim beerdigt, Hamburg nicht. Dabei geht es auch anders, wie Hamburgs Praxis seit dem Aus der Haasenburg-Heime zeigt



Wurde überflüssig: 2013 geschlossenes Haasenburg-Heim Foto: Patrick Pleul/dpa

Der Plan eines geschlossenen Heims von Bremen und Hamburg ist beerdigt. Bremens Sozialsenatorin Anja Stahlmann (Die Grünen) erklärte, es gebe eine neue Lage und damit keinen Bedarf. Denn es kämen weniger junge Flüchtlinge in die Weser-Stadt, und von denen seien die wenigsten kriminell.

Hamburg hatte das Heim auf Bremer Gelände, dessen 32 Plätze es zur Hälfte belegen wollte, eh nie für junge Flüchtlinge gedacht, sondern für Hamburger. Reflexhaft reagierte die CDU. „Bremen lässt Hamburg im Regen stehen“, skandalisierte deren Jugendpolitiker Philipp Heißner. Junge Intensivtäter könnten weiter frei herumlaufen. Er erwarte, dass Rot-Grün „umgehend“ eine Lösung finde.

In einer Kleinen Anfrage wollte Heißner wissen, für wie viele Kinder es eine Genehmigung zur geschlossenen Unterbringung gibt, die wegen fehlender Plätze nicht in einem anderen Bundesland untergebracht werden können. Und wie viele Straftaten sie begangen haben.

Die Antwort überrascht. Es gibt einen Einzigen, der nicht geschlossen untergebracht werden kann und sich in einem anderen Haus befindet. Ein zweiter ist im geschlossenen Heim. Die Frage nach Straftaten beantwortet der Senat nicht, weil ein Datenabgleich zwischen Jugendamt und Polizei nicht legal sei – eine Position, die der Datenschutzbeauftragte schon länger vertritt. „Zwei frühere Anfragen waren entgegen der Datenschutzvorschriften beantwortet worden“, sagt Behördensprecher Marcel Schweitzer.

Auch aus dem nun veröffentlichten Bericht der „Hamburger Aufsichtskommission“ für geschlossene Heime geht hervor, dass die Stadt seit Schließung der Brandenburgischen Haasenburg Ende 2013, wo regelhaft 15 Hamburger Kinder waren, fast gar nicht mehr geschlossen unterbringt, höchstens immer nur ein Kind für ein paar Monate, dann wieder keines.

Das liegt auch daran, dass die Stadt für schwierige Fälle mit der „Koordinierungsstelle individuelle Unterbringung“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes neue Wege geht. Seit 2014 hat diese Stelle, wo Träger, Jugendamt und auch der Jugendliche selbst an einem Tisch sitzen, über 60 Fälle bearbeitet und andere Lösungen als geschlossene Heime gefunden.

Das gelinge zum Beispiel bei Mädchen, die „sich durch ihren Lebensstil selbst gefährden, indem sie Drogen konsumieren und auf der Straße leben“, berichtet Leiterin Maren Peters. Anstatt diese Mädchen geschlossen unterzubringen, begegne man ihnen „wertschätzend, um dann mit ihnen gemeinsam eine Lebensperspektive aufzubauen“. Seit September steht Peters mit Psychologin Bente Untiedt eine zweite Kraft zur Seite.

Statt die Mädchen geschlossen unterzubringen, baut man mit ihnen eine Lebensperspektive auf

Ihre Stelle beschäftige sich oft mit jungen Menschen, die schon viele Maßnahmen hinter sich hätten und auch unter psychiatrischen Erkrankungen litten, sagt Peters. Besonders bei jenen, die aggressives Verhalten zeigten, sei es oft nicht möglich, sie in einer Gruppe unterzubringen.

Nötig für gute Lösungen sei neben Zeit und Vertrauen ein „niedrigschwelliges Wohnangebot“ für Jugendliche, die auf der Straße lebten und keine pädagogische Hilfen annähmen, so Peters. Außerdem benötige Hamburg eine Jugendhilfeeinrichtung, die eine psychiatrische Behandlung im Haus anbietet.

„Da sind wir dran“, sagt Marcel Schweitzer von der Sozialbehörde. Dennoch hält der Senat daran fest, dass ein eigenes geschlossene Heim nötig sei. Die bisherigen Planungen für Bremen ließen sich „auf einen anderen Standort übertragen“.

Kommentar

Billiges Spiel

Eine Absage ans geschlossene Heim: was Bremen sich traut, ist in Hamburg aus Angst vor Rechts nicht möglich. Nun müssen wir die SPD an ihren Taten messen

Bremens Sozialsenatorin von den Grünen, Anja Stahlmann, kann es offen aussprechen: Es gibt keinen Bedarf für ein geschlossenes Heim. In Hamburg ist das nicht möglich. Ängstlich schauen die Akteure der Jugendhilfe auf die rechte Opposition. Wird sie wieder Fälle kriminell gewordener Jugendlicher öffentlich skandalisieren und die SPD vor sich hertreiben, so wie einst Rechtspopulist Ronald Schill im Wahlkampf 2001?

Das Rad der Geschichte hat sich weitergedreht. Hamburgs Versuche mit geschlossener oder quasi-geschlossener Unterbringung, sei es Feuerbergstraße, Haasenburg oder Mädchenheim Friesenhof, gingen alle daneben.

Doch nicht nur diese Heime sind das Problem, sondern auch der verengte Blick auf die Kinder als kriminelle Wesen, vor denen man die Gesellschaft schützen muss, ist ein billiges Spiel und kompetenter Politiker eigentlich nicht würdig.

Denn diese Kinder bestehen nicht nur aus ihren vermeintlich bösen Taten. Oft wurden sie aus ihren Familien genommen, weil die Umstände nicht mehr tragbar waren. Jugendhilfe soll ihnen helfen, Teil dieser Gesellschaft zu werden. Sie hat eine andere gesellschaftliche Aufgabe als die für Kriminalitätsbekämpfung zuständige Polizei, deshalb ist es überfällig, bei der Zusammenarbeit beider Behörden auf Datenschutz zu achten.

Die Koordinierungsstelle hat sich 60 Fälle angeguckt und benennt konkreten Hilfebedarf. Obdachlosigkeit von ehemaligen Heimkindern zum Beispiel ist ein Problem, davor hat gerade erst

das Deutsche Jugendinstitut in München gewarnt. Statt darüber zu reden, wo und wann Hamburg ein geschlossenes Heim errichtet, sollten sich die Jugendpolitiker dran machen, die tatsächlich bestehenden Versorgungslücken zu analysieren und zu beseitigen.

Es ist ein Thema, das auch in die Enquetekommission zur Überprüfung der Kinder- und Jugendhilfe gehört, die kürzlich ihre Arbeit aufnahm. Man muss nicht nur passende Angebote schaffen, sondern auch auf die Ursachen für alle Art von Kinderverelendung schauen. Es müssen für arme Familien Lebensbedingungen geschaffen werden, die die Herausnahme von Kindern überflüssig macht.

Hamburgs Sozialsenatorin Melanie Leonhard (SPD) hat die Koordinierungsstelle bislang immerhin gewähren lassen. Eine klare Absage an die geschlossene Unterbringung gibt es von ihr nicht. Die kritische Öffentlichkeit muss nun genau schauen, wo, wann und mit welchem Konzept ein Hamburger Heim entsteht, ob etwa Fixierungen erlaubt sind, wie es in einem ersten Entwurf dafür hieß. Es wäre schön, wenn das Kapitel der Heimskandale nicht noch einmal fortgesetzt, sondern endlich geschlossen werden könnte. Kaija Kutter